



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 100. Ratssitzung vom 26. Juni 2024

3400. 2024/111

Weisung vom 20.03.2024:

Finanzverwaltung, Jahresrechnung 2023, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die Jahresrechnung 2023 der Stadt Zürich wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): *Ich verlese Ihnen den Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zur Rechnung 2023: «Die RPK hat die Jahresrechnung 2023 gemäss Artikel 60 der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Zürich geprüft. Die finanztechnische Prüfung wurde von der Finanzkontrolle der Stadt Zürich vorgenommen. Der Revisionsbericht Nr. 23 der Finanzkontrolle datiert vom 16. Mai 2024. Die RPK verzichtet im Folgenden darauf, die Kennzahlen der Rechnung ausführlich zu wiederholen. Sie verweist diesbezüglich auf das erste Kapitel der Rechnung und wiederholt nachfolgend nur die wichtigsten Kennzahlen. Die Erfolgsrechnung 2023 verzeichnet bei einem Aufwand von 10,6305 Milliarden Franken und einem Ertrag von 10,8617 Milliarden Franken (einschliesslich interner Verrechnungen von 939,5 Millionen Franken) einen Ertragsüberschuss von 231,3 Millionen Franken. Im Budget 2023 (gemäss Beschluss des Gemeinderats) war ein Aufwandüberschuss von 216,4 Millionen Franken vorgesehen. Unter Berücksichtigung der Nachtragskredite von 86,2 Millionen Franken sowie der Globalbudgetergänzungen von 36,7 Millionen Franken ist das Ergebnis 2023 um 570,7 Millionen Franken besser ausgefallen. Am deutlichsten zum positiven Ergebnis beigetragen haben die stark gestiegenen und hohen Steuereinnahmen (plus 405,3 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr). Dies bedeutet eine Steuerkraft pro Person von 6346 Franken. Ebenso weist die RPK darauf hin, dass die Stadt gemäss aktueller Annahme, trotz des Zentrumslastenausgleichs, zu einer Nettozahlerin im Finanzausgleich des Kantons Zürich wird. Auch fand im Jahr 2023 die erforderliche Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen statt. Diese hatte aber, im Gegensatz zu früheren Jahren, nur eine geringfügige Auswirkung (Aufwertungsgewinn von insgesamt 6 Millionen Franken). Die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens betragen für das Rechnungsjahr 2023 1,18 Milliarden Franken (Budget inkl. Nachtragskredite: 1,443 Milliarden Franken). Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 99,8 Prozent, was deutlich über dem Vorjahreswert von*



79,2 Prozent liegt. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen in Kapitel 6.1 verwiesen. Die Eigenwirtschaftsbetriebe erzielten ein Betriebsergebnis von 173,9 Millionen Franken. Zudem leistete das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) eine (im vorgenannten Betrag noch nicht berücksichtigte) Gewinnablieferung von 80,0 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen der Eigenwirtschaftsbetriebe beliefen sich auf 567,1 Millionen Franken. Bei den Aktiven hat das Finanzvermögen im Berichtsjahr um 582,5 Millionen Franken und das Verwaltungsvermögen um 618,2 Millionen Franken zugenommen. Auf der Passivseite hat das Fremdkapital derweil ebenfalls um 571,1 Millionen Franken zugenommen. Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind ebenfalls um 643,4 Millionen auf 4,908 Milliarden Franken gestiegen. Dies entspricht ungefähr dem Stand der Rechnung 2019 (4,927 Milliarden Franken). Somit sind mit dem Rechnungsjahr 2023 die Reduktionen von drei Rechnungsjahren aufgebraucht. Das kurzfristige Fremdkapital hat hingegen im Jahr 2023 um 169,7 Millionen Franken abgenommen. Weiter wird das Eigenkapital mit 7,307 Milliarden Franken ausgewiesen (plus 629,7 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr). Davon sind 2,350 Milliarden Franken dem zweckfreien Eigenkapital zuzuordnen; die Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht hier dem Ertragsüberschuss von 236,8 Millionen Franken. Die RPK stellte der Verwaltung wie üblich zahlreiche Fragen zur Rechnung 2023. Die gestellten Fragen wurden von der Verwaltung fristgerecht beantwortet. Auf einige Einzelaspekte der Prüfung möchte die RPK im Folgenden näher eingehen. Für das Jahr 2023 wird für den Gesamthaushalt ein Selbstfinanzierungsgrad von 99,8 Prozent (Eigenwirtschaftsbetriebe 88,8 Prozent) ausgewiesen. Der ausgewiesene Selbstfinanzierungsgrad bildet aus Sicht der RPK aber nicht die Realität ab. Seit 1. Januar 2022 gilt die totalrevidierte Verordnung zur Abwasserbewirtschaftung, die unter anderem das Ziel hat, die Finanzreserven von Entsorgung + Recycling (ERZ) zu verringern. Ebenso wurden bei der Abfallbewirtschaftung die Gebühren gesenkt, sodass ein Abbau der Reserven geschieht. Aus Sicht der RPK ist daher der Selbstfinanzierungsgrad ohne die Eigenwirtschaftsbetriebe «ERZ Abfall» und «ERZ Abwasser» aussagekräftiger. Dieser Selbstfinanzierungsgrad beträgt für den Gesamthaushalt 106,9 Prozent (Eigenwirtschaftsbetriebe 103 Prozent). Für Budgetabweichungen, welche die Kriterien von Art. 9 und Art. 18 Finanzhaushaltverordnung (FHVO) erfüllen, hat der Stadtrat im Rechnungsbuch eine Begründung zum entsprechenden Konto anzugeben. Diese Begründung kann auch ein Verweis auf einen entsprechenden Stadtratsbeschluss sein. Die RPK hat allerdings festgestellt, dass auch Verweise auf nur teilweise öffentliche Stadtratsbeschlüsse vorgenommen werden. Die RPK ist der Meinung, dass die Begründungen in der Rechnung für Dritte nachvollziehbar sein sollen und, sofern auf andere Dokumente verwiesen wird, diese öffentlich auffindbar sein müssen, ohne dass eine Kontaktaufnahme mit der Stadtverwaltung erfolgen muss. Gemäss dem «Reglement über den Betrieb des Verteilnetzes und die Energielieferung des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz)» (AS 732.210, Ziff. 1.3) hat die RPK den Auftrag, das Risikomanagement des ewz im Bereich Kauf und Verkauf jährlich zu kontrollieren. Die RPK liess sich am 16. April 2024 vom Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, dem Direktor ewz, der Leitung Controlling ewz sowie der Leitung Energie ewz über die Handelsaktivitäten des städtischen Elektrizitätswerks informieren. Nach den stark schwankenden Energiepreisen der letzten Zeit begann sich der Energiehandel des



ewz im Jahr 2023 wieder zu normalisieren. Aufgrund der Unterlagen, die der RPK vorliegen, gibt es keinen Anlass zur Annahme, dass das ewz nicht vertretbare Risiken eingeht. Mit dem vorliegenden Rechnungsabschluss konnte zwar das zweckfreie Eigenkapital der Stadt Zürich – wie dargelegt – auf 2,350 Milliarden Franken erhöht werden. Gleichzeitig haben sich auch die langfristigen Finanzverbindlichkeiten signifikant erhöht. Bei Investitionen, die sich nicht über Gebühren- oder Mieteinnahmen refinanzieren, ist das Risiko von steigenden Zinsen im Blick zu behalten. Die RPK bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die zeitnahe Beantwortung der zahlreichen Fragen. Bei der Finanzkontrolle bedankt sich die RPK für die pflichtgetreue Ausführung ihres Auftrags und die quartalsweise Orientierung von RPK und GPK über die getätigten Kontrollen. Und schliesslich dankt die RPK der Kommissionssekretärin Doris Fischer für die sorgfältige Arbeit und die grosse Unterstützung der RPK-Mitglieder bei der Kommissionsarbeit.» Die Mehrheit der RPK sieht die Aufgabe einer sauberen Rechnungserstellung erfüllt, und dass in der Rechnung umgesetzt wurde, was seitens der Mehrheit des Gemeinderats gefordert wurde. Die RPK beantragt Zustimmung zur Rechnung 2023.

Kommissionsminderheit:

Përparim Avdili (FDP): Wenn man sich als finanz- und kostenbewusster Mensch, als Steuerzahler der Stadt oder als Gemeinderatsmitglied diese Rechnung ansieht, dann fühlt man sich ein Stück weit getäuscht. Im Jahr 2023 war der Budgetabschluss um mehr als eine halbe Milliarde Franken besser als veranschlagt. Schon im Jahr 2022 war dies der Fall, dort betrug der Überschuss über 600 Milliarden Franken. Kumuliert ergibt dies über eine Milliarde Franken. Wie soll man mit dieser Fehlkalkulation umgehen? Die Hauptfaktoren für den Überschuss sind rekordverdächtige Steuereinnahmen dank einer florierenden Wirtschaft, Grundstückgewinnsteuern, die zum Teil auf Immobilienkäufe der Stadt zurückzuführen sind, und nicht besetzte Stellen. Es handelt sich also um bekannte Faktoren, die im Budget berücksichtigt werden müssten. Formal könnte dies schwierig sein, aber politisch könnte die Berücksichtigung dieser Faktoren zu Steuersenkungen genutzt werden. Der Jahresabschluss ist keine Meisterleistung des Stadtrats, sondern eine Leistung von Einwohnenden, Unternehmen und dem Immobilien- und Grundstücksmarkt. Die saubere Führung der Rechnung ist selbstverständlich eine herauszuhebende Leistung. Formeller Natur gibt es keine Einwände. Die FDP hat den politischen Einwand erhoben, dass die Faktoren des Immobilien- und Grundstücksmarkts und der unbesetzten Stellen berücksichtigt werden sollten. Entsprechend hat die FDP Anträge gestellt. Es wurde eine Reduktion der Grundstückgewinnsteuern vorgeschlagen, was abgelehnt wurde. Zudem wurde eine pauschale Streichung der nicht besetzten Stellen im Umfang von 50 Millionen Franken gefordert. Nun liegen wir sogar bei einem Differenzbetrag von 60 Millionen Franken. Leider weigerte sich die linke Ratsmehrheit, für diesen Antrag zu stimmen. Die Rechtfertigung war, dass man die Steuern nicht senken will – nicht, weil man es nicht kann, sondern weil man es aus politischen Gründen nicht will. Sven Sobernheim (GLP) hat es gesagt: Die Rechnung wurde so abgeschlossen, wie sie politisch bestellt wurde. Besonders bedenklich ist die Tatsache, dass so Kapital für den Kauf von Immobilien beschafft wird. Einerseits wird durch das offensive Verhalten der



Stadt auf dem Immobilien- und Grundstücksmarkt keine einzige zusätzliche Wohnung geschaffen. Es werden lediglich bestehende Liegenschaften aufgekauft, in denen wenige Menschen zu einem künstlich tief gehaltenen Mietpreis wohnen können. Andererseits führt dieses Verhalten zu einem langfristigen Kapitalrisiko, da es nicht möglich ist, den Finanzmarkt während des Zeitraums der Kapitalaufnahme einzuschätzen. Schliesslich führt die kalte Progression automatisch zu einer höheren Steuerbelastung. Eine Senkung des Steuerfusses wäre also ohnehin angebracht gewesen, um alle Steuerzahler zu entlasten. Stattdessen wird die städtische Bevölkerung vom Stadtrat und der rot-grünen Gemeinderatsmehrheit an der Nase herumgeführt. Wir lehnen die Rechnung nicht aus formalen, sondern aus politischen Gründen ab. Die FDP wird keine Rechnung mehr annehmen, sollte der Steuerfuss nicht gesenkt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Mein Votum zur Minderheitsposition ist ergänzend. Das Alleinstellungsmerkmal vor allem linker Politiker ist, dass sie Geld ausgeben, das ihnen nicht zusteht. Einige Ausgaben sind seitens des Volks legitimiert. Es gilt aber folgende Ausgaben hervorzuheben: Es werden Hunderte von Millionen Franken in kaum wirksame Hitzeminderungsmaßnahmen investiert. Es werden Entschädigungen in der Höhe von 20 Millionen Franken an Hausbesitzer ausbezahlt, die ihre Ölheizungen nach wenigen Jahren durch eine Wärmepumpe ersetzen wollen. Es werden überteuerte Schulhäuser gebaut, so dass die SVP diese Schulpaläste regelmässig ablehnen muss, obwohl wir Schulhäuser für eine gute Sache halten. Darüber hinaus finden sich viele ideologische Projekte in der Sozialindustrie, im Asylwesen sowie in Kunst und Kultur, die zu teuren städtischen Aufgaben verkommen sind. Glücklicherweise konnte die Verwaltung, die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl überproportional wächst, rund 700 Stellen nicht besetzen. Das beweist, dass die Stadt auch mit weniger Angestellten funktionieren würde. Die Ausgaben explodieren und es zeigt sich, dass die links-grüne Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat den Bezug zur finanziellen Vernunft verloren hat. Erfreulich ist, dass die FDP endlich auf unsere Linie einschwenkt und diese Rechnungen aus politischen Gründen ablehnt. Die Steuern müssen im Herbst endlich gesenkt werden.

Tanja Maag (AL): Die AL wird sich bei der Genehmigung der Jahresrechnung 2023 enthalten. Zur einseitigen Sicht der SVP und FDP, die sich für eine Steuersenkung stark machen, will ich mich klar abgrenzen. Unsere Enthaltung beruht nicht auf Zweifeln an der formalen Korrektheit der Rechnung, wir haben politische Zweifel: Wurden mit den eingesetzten Mitteln die angestrebten Ziele erreicht? Kann von einer Entwicklung im Sinne unserer Wähler*innenschaft ausgegangen werden? Im Jahr 2023 wurde ein Ertragsüberschuss von 231 Millionen Franken erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Trend abgeflacht, jedoch befinden wir uns immer noch in einer prosperierenden Phase. Das zweckfreie Eigenkapital hat sich innerhalb von 5 Jahren nahezu verdoppelt. Auf der Seite des Fremdkapitals konnte erstmals seit 9 Jahren keine Reduktion stattfinden. Die Zinsen sollten also im Auge behalten werden, auch wenn die finanziellen Kenn-



zahlen keinen Anlass zur Sorge geben. Das Ergebnis ist nicht besorgniserregend, sondern verpflichtend hinsichtlich der Forcierung von Zielerreichungen. Überschüsse sind in produktive Aufgaben und sinnvolle Investitionen zu lenken. Auf die erste Frage ist zu antworten, dass nicht alle aber einige Ziele erreicht wurden. Beispiele für positive Umsetzungen sind folgende: Es war eine Anfangsdotation des Wohnraums von 100 Millionen Franken veranschlagt. Das Programm «Stärkung Pflege» und die damit verbundenen Lohnmassnahmen führten im Stadtspital zu einer Verbesserung der personellen Situation. Es wurden höhere Ausgaben im Umfang von 10 Millionen Franken für Massnahmen zur Verbesserung der Qualität und Beschäftigungsbedingungen im Bereich der Kindertagesstätten (Kita) zur Verfügung gestellt. Das Akquisitionsteam konnte mehrere geeignete Liegenschaften für die Stadt sichern. Durch diese Käufe konnte der Boden Spekulationszwecken entzogen werden. Mit der erstmaligen Energiekostenzulage per Nachtragskredit II. Serie 2023 wurde eine Umverteilungsaktion lanciert, die einkommensschwache Haushalte entlastet. Wo gibt es Widersprüche? Die Stadt baut grosse und schöne Schulanlagen, aber nicht nur die Gebäudehülle entscheidet über eine integrative Schule. Auch wenn das Wachstum der Anzahl Schüler*innen im Jahr 2023 etwas geringer als erwartet ausfiel, bringt der damit verbundene Ausbau verschiedener Angebote personelle Herausforderungen mit sich. Anfang Juni 2024 protestierten Lehr- und Betreuungspersonen und forderten angemessene Betreuungsschlüssel und Pensen. Trotz der Vorgaben der Altersstrategie, die Menschen individuell und möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung zu unterstützen, wurde ein weiteres Gesundheitszentrum für ältere Menschen eröffnet, nämlich das Eichrain.

Markus Haselbach (Die Mitte): Es ist erfreulich, dass die Jahresrechnung 2023 im Plus geschlossen hat. Statt dem budgetierten Defizit von über 300 Millionen Franken resultiert ein Überschuss von mehr als 200 Millionen Franken. Zu diesem Resultat trugen über 30 000 Mitarbeitende der Stadt bei. Ihnen gilt unser Dank. Wir stellen fest, dass die meisten Dienstabteilungen die Mittel haushälterisch einsetzen und das Budget nicht immer vollständig ausschöpfen. Die einzige negative Abweichung stellt sich beim kantonalen Finanzausgleich ein, was auf die finanzielle Stärke der Stadt zurückzuführen ist. Dass der Stadtrat die Investitionen auf hohem Niveau hielt, begrüsst die Die Mitte/EVP-Fraktion ausdrücklich. Leider führte dies zum ersten Mal seit über 10 Jahren zu einem Anstieg der langfristigen Schulden. Dieser Umstand wird dadurch relativiert, dass die zinsbedingten kurzfristigen Schulden abgenommen haben. Dank des sehr guten AAA-Ratings und der sinkenden Zinssätze bleibt die Zinsbelastung niedrig. Weiterhin auffallend sind die vielen unbesetzten Stellen. In vielen Bereichen – vor allem bei der Polizei, den Schulen und Verkehrsbetrieben (VBZ) – wäre es wichtig, dass die Stellen möglichst rasch besetzt werden. In den letzten Monaten gab es kaum Verbesserungen bei den Stellenbesetzungen. Der Fachkräftemangel ist weiterhin real. Aus der Perspektive der Die Mitte/EVP-Fraktion gilt es zu prüfen, ob auf einzelne Stellen in anderen Bereichen verzichtet werden könnte. Hoffentlich trägt die Digitalisierung dazu bei. Die Steuererträge fielen im Jahr 2023 üppig aus. Unter Berücksichtigung der Zunahme des zweckfreien Eigenkapitals, das sich mittlerweile auf über 2,3 Milliarden Franken beläuft, ist eine moderate Steuersenkung für das Jahr 2025 auch aus unserer Sicht realistisch. Die



Die Mitte/EVP-Fraktion wird der Jahresrechnung 2023 zustimmen.

Florian Utz (SP): *Mit Zufriedenheit stelle ich fest, dass wir nicht mehr über den Pleitegeier diskutieren und Konsens darüber besteht, dass die Stadt finanziell kerngesund ist. Das ist ein Fortschritt. Zumal die bürgerliche Seite nun auch anerkennt, dass die rot-grüne Finanzpolitik funktioniert. Die SP stimmt mit der bürgerlichen Seite überein, dass es Spielraum für finanzielle Entlastungen für die breite Bevölkerung gibt. Es besteht jedoch kein Konsens darüber, wie eine solche Erleichterung für den Mittelstand gestaltet werden könnte. Eine Steuersenkung von einem Prozentpunkt würde einem Haushalt mit einem Medianeinkommen von 51 000 Franken 21 Franken an Steuern ersparen, die geforderten drei Prozentpunkte 63 Franken. Das ist nicht viel. Betrachtet man zum Beispiel die Entwicklung der Mieten in der Stadt, die in den letzten 12 Monaten um 7 Prozentpunkte gestiegen sind, kann dies mit 63 Franken kaum kompensiert werden. Auch bei den Krankenkassenprämien und Alterszentren gibt es Preisexplosionen. Die Kosten des öffentlichen Verkehrs und der Kindertagesstätten steigen ebenfalls. An diesen Orten brauchen wir eine spürbare finanzielle Entlastung für geringe und mittlere Einkommen, aber nicht via Steuersenkungen, von denen auch Unternehmen profitieren. Die SP will finanzielle Entlastungen, die wesentlich umfassender sind als 63 Franken.*

Felix Moser (Grüne): *Ein Gemeinderatskollege einer anderen Partei teilte mir mit, dass ich mich kurzfassen könne. Ich hätte lediglich zu sagen, dass STR Daniel Leupi eine sehr gute Arbeit verrichte, was am positiven Resultat der Rechnung abzulesen sei. Die Grünen sollten daher mit dem Stadtrat zufrieden sein. Diese Auffassung ist grundsätzlich nicht falsch, aber ein wenig einseitig. Ich will auf die finanzielle Entlastung eingehen, die mein Vorredner ansprach. Dass Geringverdienende sukzessive aus der Stadt verdrängt werden, ist klar. Hohe Mieten und Lebenskosten sind hierbei entscheidende Faktoren. Um diesen Missstand anzugehen, müssen Massnahmen konzipiert werden. An erster Stelle steht bezahlbarer Wohnraum. Es gibt subventionierte Kinderbetriebsdienste in Kindertagesstätten und Schulen, aber aus der Perspektive der Grünen dürften diese Subventionen für Geringverdienende durchaus höher ausfallen. Für die Bedürftigen sollten auch Subventionen für Verkehrsmittel oder Krankenversicherungsprämien in Betracht gezogen werden. Das Giesskannenprinzip sollte allerdings nicht zum Einsatz kommen. Die Aussage von Johann Widmer (SVP), wonach wir Geld für den Klimawandel verschleuderten, ist unzutreffend. Die Klimaerwärmung verursacht immer mehr Schäden, beispielsweise durch starke Regenfälle. Folglich ist es besser, wenn jetzt Massnahmen ergriffen werden. Diesbezüglich könnte die Stadt noch viel mehr unternehmen. Es ist dringend erforderlich, weiter Geld in Massnahmen zu investieren, die den Klimawandel abmildern. Diese Investitionen werden sich lohnen, insbesondere für kommende Generationen. Die Grünen werden der Jahresrechnung 2023 zustimmen.*

Tanja Maag (AL): *Ich kann nachvollziehen, dass die FDP die Grundstückgewinnsteuer erwähnt. Dies geht mit ihrer Angst einher, dass sich die Liegenschaftskäufe für die Stadt nachteilig auswirken könnten. Selbstverständlich müssen die damit verbundenen Risiken verfolgt werden. Im Grundsatz geht es aber darum, dass Boden der Spekulation*



entzogen wird. Von der SP haben wir einen Entlastungswerbespot zu hören bekommen. Diesbezüglich schliesse ich mich Felix Moser (Grüne) an: Wir unterstützen eine gezielte Entlastung. Unsere Energiekostenzulagen sind ein Beispiel dafür. Hinsichtlich Klimaschutzmassnahmen gibt es noch zu tun. Diese Unterstützung wurde im Jahr 2023 nicht zufriedenstellend realisiert. Die neuen Bäume im Baumkataster sind nicht ausreichend. Die Neugestaltung der Heinrichstrasse ist ebenfalls nicht ausreichend. Zudem muss die Projektumsetzung in der Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz verbessert werden. Der Netto-Null-Bericht vom November 2023 war nicht zufriedenstellend. Der Stadtrat findet es erfreulich, dass die positive Kursentwicklung der Flughafen Zürich AG der Stadt rund 50 Millionen Franken an Einnahmen generiert hat. Ist das im Sinn von Netto-Null? Weiter erachten wir die städtischen Liegenschaftskäufe als eine positive Entwicklung. Gleichzeitig sind wir um den Wohnraumfonds, der noch nicht installiert ist, besorgt. Wir denken, dass es aktuell schwierig ist, die Mietpreisentwicklung zu bremsen. Die Steuerertragsbewegungen in höhere Einkommensklassen und die Übermacht des nicht gemeinnützigen Wohnraumsektors könnten die Stadt zum Kippen bringen. Soziale Segregation wird in Kauf genommen, obwohl belegt werden kann, welche Zielgruppen auf dem Wohnungsmarkt als vulnerabel gelten. Die Schaffung einer attraktiven Infrastruktur ist ein Balanceakt und erfordert die Umsetzung jener Massnahmen, die zur Zielerreichung erforderlich sind. Gemäss den eigenen finanzpolitischen Grundsätzen steht die Finanzpolitik im Dienst wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele der Stadt. Zürich muss für alle Anspruchsgruppen lebenswert bleiben. Die Akzeptanz der Gesamtentwicklung im Hinblick auf die ökologischen und sozialen Ziele ist seitens der AL derzeit nicht gegeben. Folglich enthalten wir uns zu Dispositivpunkt 1.

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP befindet die Rechnung für gut. Der Ausblick trägt aber. Denn in dieser Rechnung wurde der Kreditabbau von drei Jahren zunichte gemacht. Über 15 Jahre haben wir unsere Schulden abgebaut, wovon wir nun drei Jahre verloren haben. Und dies vor dem Hintergrund steigender Zinsen. Der Stadtrat scheint den Zinsanstieg nicht als Problem einzuschätzen. Wir erachten Investitionen als wichtig und sofern diese sinnvoll angesetzt sind, werden sie von uns auch unterstützt. Zentral ist, dass Investitionen zukunftssträchtig sind und nicht mit dauerhaften Subventionen verwechselt werden. Die SP will Unternehmen, die nach eigenen Angaben 40 Prozent zahlen und damit wesentlich zur Finanzierung von Subventionen beitragen, nicht entlasten. Die GLP unterstützt Investitionen in dauerhafte Subventionsprogramme nicht. Bei der Fleischwerbung und dem Bauernverband hat es sich nicht bewährt. Deshalb ist es sehr fraglich, warum es sich in der Stadt bewähren sollte. Der Jahresrechnung stimmen wir aber zu. Ich verstehe nicht, warum die Rechnung besser ausgefallen wäre, wenn höhere Grundstückgewinnsteuern eingeplant worden wären, wie die FDP behauptet. Die Enthaltung der AL ist unverständlich. Wir sprechen über ein Budget von 11 Milliarden Franken, das die linke Mehrheit massgeblich mitgestaltet hat und das ihrer Agenda entspricht. So konnten 100 Prozent der Anträge im Schulbereich durchgesetzt werden. Jetzt wird mehr Geld für den Schulbereich gefordert und gesagt, dass für ihn zu wenig getan wurde. Wie kann sich die AL vor diesem Hintergrund dem Budget enthalten?



Flurin Capaul (FDP): Ich nehme zur Aussage von Tanja Maag (AL) zur sozialen Segregation Stellung. Vor kurzem wurde im Rat der Ergänzungsbericht für den Perimeter Ueberlandpark besprochen, der mitunter von euch gefordert wurde. Der Bericht ergab, dass es aufgrund verschiedener städtischer Massnahmen keine soziale Segregation gibt. Ein zweiter Punkt in diesem Zusammenhang betrifft die Frage der Einkommensgrenzen. Es ist wichtig, dass denjenigen Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, die sie finanziell benötigen und nicht jenen, die unbegrenzt Geld zur Verfügung haben.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Rechnungsabschluss 2023 kann grundsätzlich als erfreulich bezeichnet werden. Dies ist das neunte Mal in Folge, dass die Stadt dies erreicht hat. Die finanzielle Situation der Stadt ist also solide. Das Ergebnis der Rechnung ist naturgemäss multifaktoriell bedingt. Positiv ausgewirkt haben sich die Anteile an der Flughafen Zürich AG, geringere Ausgaben im Sozialdepartement, ein geringerer Personalaufwand und höhere Steuereinnahmen. Was die Steuern angeht, so ist es offensichtlich, dass vor allem der Finanzsektor vom Coronavirus profitiert hat. Wenn ich höre, das Ergebnis sei vorhersehbar gewesen, weil bereits im September 2022 klar war, wie sich der kantonale Finanzausgleich, die kantonale Steuerkraft und der Aktienkurs des Flughafens entwickeln würden, werde ich skeptisch; diese Auffassung legt hellseherische Fähigkeiten nahe. Die Stadt befindet sich im Zentrum eines hochdynamischen und prosperierenden Wirtschaftsraums. Die Behauptung, dies habe nichts mit der Stadt zu tun, wäre eine Verleugnung der Tatsachen. Die anhaltende Investitionstätigkeit der Stadt in verschiedenen Bereichen hat sich im Laufe der Jahre deutlich auf die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort ausgewirkt. Neben den Investitionen trägt das vielfältige Leistungsangebot der Stadt massgeblich zur finanziellen Situation bei. Dass es soziale Herausforderungen gibt, ist klar. Auf diese reagiert der Stadtrat. Überraschenderweise erhielt die Stadt in diesem Jahr ein AAA-Rating, was Ausdruck ihrer soliden Finanzlage ist. Sven Sobernheim (GLP) hat recht, dass es die Verschuldung im Auge zu behalten gilt. Der Stadtrat wird sich dieser Thematik annehmen und hat dies der RPK mitgeteilt. Entgegen der Annahmen ist die Verschuldung nicht nur auf den Erwerb von Immobilien zurückzuführen, sondern auch auf die Investitionstätigkeit aller Departemente. Letztlich möchte ich auf den Vorwurf eines Kalkulationsfehlers eingehen. Wenn die Differenz zwischen Budget und Rechnung auf kantonaler Ebene doppelt so hoch ist, ist alles in Ordnung. Wenn das bei der Stadt der Fall ist, dann hat sie sich verrechnet. Ich kann diese ungleiche Beurteilung nicht nachvollziehen. Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich tagtäglich um die Finanzen bemühen, und bei der RPK für die gute Zusammenarbeit.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.



9 / 9

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Felix Moser (Grüne), Tiba Ponnuthurai (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP)
Enthaltung: Tanja Maag (AL)
Abwesend: Referat Minderheit: Pärparim Avdili (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 34 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:
Die Jahresrechnung 2023 der Stadt Zürich wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 3. Juli 2024 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat